

Antrag

der Fraktion Die Linke

Queere Räume sichern, Die Zeit drängt! – Berlin braucht zügig ein Landeskonzzept zum Erhalt queerer Orte

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich ein Landeskonzzept zur nachhaltigen Sicherung queerer Initiativen, Vereine, Bars, Clubs, Cafés und anderer für queere Communities bedeutsamer Räume und Orte vor Verdrängung und in wirtschaftlichen Notlagen zu entwickeln, gemeinsam mit Berlins LSBTIQ+-Communities zu qualifizieren und dem Parlament zur Beratung vorzulegen.

Dieses Landeskonzzept soll ressortübergreifend angelegt sein und konkrete, mit zugeordneten Ressortverantwortlichkeiten untersetzte Maßnahmen enthalten, mit denen dem massiven und in Teilen existenzgefährdenden Druck auf langjährig gewachsene Strukturen der Berliner LSBTIQ+-Communities entgegengewirkt wird. Es soll auf den aktuellen Maßnahmenkatalog des Aktionsplans 2023 (Senatsbeschluss vom 19.12.2023) der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) abgestimmt sein und bei deren nächster Novellierung als Bestandteil und als eigenständiges Handlungsfeld in der IGSV verankert werden.

In diesem Landeskonzzept sollen enthalten sein:

1. die Etablierung eines Sicherungsfonds für queere Räume, mit dem in Notsituationen kurzfristig und möglichst niedrigschwellig und unbürokratisch Unterstützung bereitgestellt werden kann, wenn diese erforderlich und geeignet ist, einen nichtkommerziellen bzw. nicht auf Renditemaximierung ausgerichteten queeren Ort zu erhalten und ihm notwendige Transformationsprozesse zu ermöglichen,
2. verbindliche Vorgaben, wie die Bedarfe der queeren Communities stärkere Berücksichtigung finden bei der Vergabe von Flächen in Landesliegenschaften und in

Liegenschaften, die landeseigenen Unternehmen und solchen mit Landesbeteiligung gehören – insbesondere akut verdrängungsgefährdeten Orten sollen, so das möglich ist, Räume der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften angeboten werden,

3. die Entwicklung von neuen queeren Räumen, indem z.B. die Bedarfe der queeren Projekte, Einrichtungen und Initiativen von den an Konzeptverfahren für Landesflächen beteiligten Senatsverwaltungen sowie der BIM aktiv eingebracht und berücksichtigt werden und queere Projekte, Initiativen etc. explizit auf diese Verfahren hingewiesen und zur Beteiligung aufgerufen werden,
4. die Entwicklung geeigneter Förderinstrumente für queere Kultur- und Gewerbebetriebsgemeinschaften in Berlin und für andere Vorhaben, die die queere Selbstverwaltung von Räumen der queeren Communities zum Ziel haben,
5. die Etablierung einer regelmäßigen und proaktiven Kommunikation mit queeren Raumbetreibern, um sich entwickelnde Probleme, Verdrängungsgefahren usw. frühzeitig zu erkennen und Gegenstrategien entwickeln zu können,
6. die Entwicklung verlässlicher Routinen und Arbeitsstrukturen für eine enge ressortübergreifende Zusammenarbeit unter den Senatsverwaltungen sowie zwischen Senat und Bezirken zur Intervention in akuten Notfällen drohenden Raumverlusts, die u.a. die politische Unterstützung gegenüber Eigentümer*innen, Zugang zu rechtlicher Beratung und – falls ein Verlust der Räume unabwendbar ist – Hilfe bei der Suche geeigneter Alternativräume sicherstellen,
7. verbindliche Vorkehrungen in Planungs- und Entscheidungsprozessen, um zu verhindern, dass durch Handeln des Senats selbst Verdrängungsgefahren produziert werden,
8. die Entwicklung geeigneter Förderinstrumente für (nicht zwangsläufig ausschließlich) queere Orte von Subkulturen, wie Clubs, z.B. durch eine Spielstätten-Förderung, wie es sie für andere private Kulturorte etwa im Theaterbereich bereits gibt, sowie konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Teilhabe, etwa durch die Förderung eintrittsfreier Veranstaltungsreihen und reduzierter Eintrittspreise für Menschen mit geringen Einkommen,
9. schnelle und unbürokratische Hilfen zum Ausgleich finanzieller Schäden für Orte, die von queerfeindlichen Angriffen betroffen sind,
10. die Einbeziehung der Bezirksämter und der bezirklichen Queerbeauftragten in die Entwicklung und Ausgestaltung der Raumstrategie, um Gefährdungen queerer Angebote in allen Stadtteilen entgegenwirken und – insbesondere auch in Bezirken, in denen bisher nur wenige queere Orte bestehen – neue Raumpotentiale für die queeren Communities erschließen zu können.
11. die Verpflichtung zu einem engagierten Einsatz für eine Reform des Gewerbemietrechts auf Bundesebene mit dem Ziel, die soziale Dimension zu stärken, mit der es den spezifischen Bedürfnissen kleinerer, nichtkommerzieller und marginalisierter Nutzer*innen gerecht wird,
12. die Verpflichtung zu einem engagierten Einsatz für ein (auch) kulturfreundliches, urbanen Nutzungsmischungen gerecht werdendes Baurecht auf der Bundesebene.

Dem Abgeordnetenhaus ist halbjährlich zu berichten, erstmals zum 31. Mai 2026.

Begründung:

Immer mehr Schutz- und Freiräume der queeren Communities in Berlin stehen unter enormem Druck, drohen zu verschwinden oder mussten bereits schließen. Damit droht auch ein wichtiger Teil dessen verloren zu gehen, was Berlin als Regenbogenhauptstadt, Stadt der Freiheit und Sehnsuchtsort für gleichgeschlechtlich liebende und gender-nonkonforme Menschen mit ihren unterschiedlichen Lebensrealitäten und Lebensentwürfen bis heute ausmacht. Jüngstes Beispiel ist die Schließung des 1977 aus der *Homosexuellen Aktion Westberlin (HAW)* heraus gegründeten und insolvent gegangenen *SchwuZ*.

Mit dem *SchwuZ* verschwand nicht einfach ein Club, sondern ein Stück Berlin, das fast 50 Jahre lang für viele Communities ein Zuhause war, Schutz, Miteinander und Sichtbarkeit geboten hat. Aus dem *SchwuZ* heraus entstanden queere Infrastrukturen, wie der Buchladen *Prinz Eisenherz* oder das queere Stadtmagazin *Siegessäule*. Der erste *Berliner CSD* ging von dort aus. Dort fanden aber auch die Ratschläge statt, die 2009 in die Verabschiedung der *ISV* (heute *IGSV*), des bundesweit ersten queeren Landesaktionsplans, im Abgeordnetenhaus von Berlin mündeten.

Das Ende des *SchwuZ* muss für die Berliner Landespolitik ein Alarmsignal sein. Vor diesem Hintergrund erstaunt es, wenn der Senat in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage auf Drs. 19/22 910 vom 11. Juni 2025 lapidar feststellt: „Auch in Zeiten der Ressourcenverknappung und Verdrängung von manchen Community-Räumen lässt sich in Berlin weiterhin eine stark ausdifferenzierte queere Infrastruktur mit vielen Angeboten in allen Lebensbereichen feststellen, die im nationalen und internationalen Vergleich herausstellenswert ist.“ Soll das tatsächlich ein brauchbarer Maßstab sein in einer Zeit, in der sukzessive ein Ort nach dem anderen verschwindet?

Queere Räume stellen für lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere (LSBTIQ+) Menschen wichtige, mitunter überlebenswichtige Begegnungsorte dar, an denen sie den Schutz und die Akzeptanz erfahren können, die ihnen im familiären Umfeld, am Arbeitsplatz und an anderen nicht-queeren Orten bis heute häufig verweigert bleiben. LSBTIQ+ können in queeren Räumen Freiheit, Selbstentfaltung und Selbstermächtigung erfahren – und nicht zufällig sind es oft solche Räume, von denen historisch wichtige gesellschaftliche Emanzipationsimpulse ausgehen. Die Bar *Stonewall Inn* in New York City ist ein solcher Ort, der aus der Geschichte queerer Kämpfe um Emanzipation nicht mehr wegzudenken ist. Aber auch Berlin hatte und hat diese legendären Orte. Viele wurden 1933 durch die Nationalsozialisten zerstört, wie das *Institut für Sexualforschung* Magnus Hirschfelds oder das *Eldorado*. Andere entstanden weit später und bestehen bis heute, etwa der 1973 gegründete *Sonntags-Club* oder das *Schwule* Museum*. Vieles, was Berlin – als die viel zitierte und politisch beschworene Regenbogenhauptstadt – heute ausmacht, verdankt es seinen queeren Räumen.

Erste entstanden bereits in Zeiten des Kaiserreichs (vgl. etwa Benno Gammerl, *Queer. Eine deutsche Geschichte vom Kaiserreich bis heute*, sowie Robert Beachy, *Das andere Berlin. Die Erfindung der Homosexualität: Eine deutsche Geschichte 1867–1933*) und erfuhren eine bis heute legendäre Blüte in den 1920er-Jahren, als die Stadt Berlin „ihren Weltaugenblick“ (Jens Bisky, *Berlin. Biographie einer großen Stadt*, S. 487) erlebte. Eine Erhebung konnte allein für Friedrichshain und Kreuzberg vor 1933 „etwa 100 Lokale, Cafés und Ballsäle, mehr als 25 reine Lesbenclubs, mehr als 15 schwule oder gemischte Vereine und mehr als 30 Gewerbebetriebe ausmachen, die das lesbisch-schwule Leben der Kaiser- und Weimarer Zeit in beiden Bezirken prägten“ (siehe Jens Dobler, *Von anderen Ufern – Geschichte der Berliner*

Lesben und Schwulen in Kreuzberg und Friedrichshain, S. 7). An die im NS zerstörte Vielfalt anzuknüpfen war nach 1945 zunächst schwer. Kriminalisierung und Repressionen gegen queeres Leben prägten den Alltag der Nachkriegszeit in beiden deutschen Staaten. Vielfach ging die Verfolgung nach § 175 f. StGB a.F. einfach ungebremst weiter. Dennoch gelang es den LSBTIQ+-Communities in beiden Teilen der Stadt nach und nach – und verstärkt infolge der seit den späten 1960er-Jahren erfolgten Liberalisierungen –, Initiativen und mit ihnen verbundene Orte wie den *Sonntags-Club*, das *SchwuZ*, die *AHA* und das *Schwule Museum* zu etablieren. Kneipen, Bars und Clubs spielten in Ost- wie West-Berlin eine immens wichtige Rolle für queere Communities, von der *Schoppenstube* bis zum *Anderen Ufer*. Initiativen wie das Lesbenarchiv *Spinnboden* oder der Buchladen *Prinz Eisenherz* entstanden in den 1970er Jahren.

Dass Berlin heute wieder über eine im bundesweiten und auch internationalen Vergleich besondere Vielfalt an queeren Räumen aufweist, ist eben nicht einem Zufall zu verdanken, sondern der beharrlichen, oft jahrzehntelangen und vielfach rein ehrenamtlich getragenen Aufbauarbeit von LSBTIQ+-Initiativen, Vereinen, Kollektiven und engagierten Einzelpersonen. Sie alle haben gemeinsam dafür gesorgt, dass „Berlin“ für Queers weltweit heute ein Synonym für Freiheit ist.

Doch leider sind auch heute wieder viele queere Orte in ihrer Existenz bedroht. Die Gründe dafür liegen in Berlin – anders als an vielen anderen Orten der Welt noch immer oder heutzutage wieder – nicht in staatlicher Repression. Es sind ein hoher kapitalgetriebener Verdrängungsdruck, die steigende Verdichtung der Stadt, geringere Kaufkraft bei vielen Menschen bei gleichzeitig rapid steigenden Fixkosten für den Betrieb – und leider in beunruhigender Tendenz zunehmende Ressentiments und misogyne wie queerfeindliche Hassgewalt.

Verdrängungsdruck wird befördert durch Immobilienspekulation und ein Gewerbemietrecht, das regelrecht dazu animiert, jeden bestehenden Raum möglichst durch profitträchtigeres Gewerbe zu ersetzen, das höhere Mieten aufbringen kann. Mieten und Mietnebenkosten, Strom- und Verbrauchsmittelaufwand, Lebensmittelpreise und auch Personalkosten steigen seit Jahren. So mussten in jüngster Zeit zahlreiche Orte mit jahrzehntelanger Verankerung in den queeren Communities Berlins schließen, zum Beispiel das *Café Berio*, die *Busche* oder der *Connection Club*. haben ihre Räume verloren. Anderen, wie der *AHA Berlin*, droht durch exorbitante Mieterhöhungen latent die Heimatlosigkeit. Weitere Orte sind durch die schwierige wirtschaftliche Lage in Gefahr, wie etwa das *SilverFuture*. Ebenfalls unter massivem Druck sind für queere Menschen offene Clubs, etwa die *Wilde Renate* oder das *://about blank*. Die Liste solcher Beispiele ließe sich fortsetzen. Wenn queere Institutionen verdrängt werden, lassen sie sich nicht beliebig in andere Stadtteile transferieren, wo sich vielleicht durch glückliche Fügung noch ein bezahlbarer Raum finden lässt, aber die queeren Communities im Nahfeld zu klein sind. So bleibt oft nur das dauerhafte Aus für Orte mit jahrzehntelanger Tradition und identitätsprägender Kraft in den queeren Communities Berlins.

Neben dem Gewerbemietrecht ist die angespannte wirtschaftliche Lage der Berliner*innen selbst, mit im Bundesvergleich geringen Einkommen bei gleichzeitig hohen Lebenshaltungskosten (<https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2024/12/berlin-brandenburg-kaufkraft-einkommen-niedrig.html>), ein Grund für die schwierige Situation queerer Orte. Gestiegene Lebenshaltungskosten durch Inflation und explodierende Wohnungsmieten belasten die Berliner*innen – als „leistbar“ gilt die Miete laut Kooperationsvereinbarung des Senats mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, wenn nicht mehr „27% des Haushaltsnettoeinkommens für die Nettokaltmiete“ ausgegeben müssen. Berliner Mieter*innen

geben im Durchschnitt 27,1% dafür aus. Das ist der mit Abstand höchste Wert bundesweit: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wirtschaft/neue-studie-zu-wohnkosten-nirgendwo-frisst-die-miete-so-viel-vom-einkommen-wie-in-berlin-13989209.html>).

In direkter Folge leiden darunter auch die Orte, die vom Ausgehverhalten der Berliner*innen leben und eine deutlich gesunkene Besuchsfrequenz oder „sparsamere“ Besuche (in Form von deutlich zurückgehendem Getränkekonsum) erfahren. Eine Kompensation etwa durch höhere Eintrittspreise ist nur sehr begrenzt möglich. Das Publikum bleibt aus, der Einnahmerückgang wird verstärkt, zudem wird dadurch soziale und kulturelle Teilhabe erschwert.

Die Besucher*innen-Rückgänge, oft in Kombination mit gestiegenen Gewerbemieten und Energiekosten, führten etwa bereits dazu, dass die *Busche* als letzter noch zu DDR-Zeiten gegründeter queerer Club Berlins schließen musste (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/last-dance-nach-40-jahren-queere-disco-die-busche-in-friedrichshain-schliesst-14084285.html>). Auch die queere Bar *SilverFuture* machte per Online-Hilferuf auf die schwierige Situation aufmerksam (*SilverFuture* https://www.instagram.com/p/DJ6Kd0xMVcs/?hl=de&img_index=1). Die Insolvenz und Schließung des seit 1977 bestehenden *SchwuZ* markiert den vorläufigen Höhepunkt dieser fatalen Entwicklung. Diese Trends belasten die gesamte Berliner Club- und Nachtkultur. Insbesondere für queere Communities, für die es nur eine begrenzte Zahl spezieller Angebote gibt, droht schon mit dem Wegbrechen weniger Orte eine ganze Welt zu verschwinden. Zurecht hatte der *Berliner CSD e.V.* daher einen Rettungsschirm für queere Räume zu einer der drei Hauptforderungen des CSD 2025 erhoben (<https://csd-berlin.de/aktuelles/forderungen-des-berliner-csd-e-v-zur-demonstration-am-26-juli-2025>).

Denkbar wäre auch eine Unterstützung analog zum Programm der Senatsverwaltung für Kultur zur Raumsicherung sozial, integrativ und religionsübergreifend engagierter Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften für deren gemeinwohlorientierte Angebote: <https://www.berlin.de/sen/kultgz/religion-und-weltanschauung/raeume/artikel.1346471.php>.

Die finanzielle Unterstützung beträgt hier 50 % der Netto-Kaltmiete, 2024 waren es sogar 75%.

Der Senat bekennt offen, dass es eine „zunehmende Verknappung und Gefährdung von queeren Räumen“ gibt, und erkennt die „strukturellen Risiken für queere Infrastruktur in Berlin und die aktuell angespannte stadtweite Situation“ (Antwort des Senats auf die Schriftliche Anfrage, a.a.O.) an. Zugleich hat er aber keinerlei kohärenten Plan zum Schutz queerer Raum-Infrastruktur. Auch in der angekündigten Landesstrategie für queere Sicherheit spielt der Erhalt von Räumen, nach allem bisher Bekanntem, keine besondere Rolle. Obwohl in den Empfehlungen des *Runden Tisches Schutz vor queerfeindlicher Hasskriminalität* zutreffend festgehalten wird, dass Angriffe auf queere Orte „mit hohen Kosten und Mehrbelastungen einhergehen“ können, sehen sie keinerlei materielle Hilfen für solche Orte vor. Sie werden mit den Schäden – insbesondere solchen, die sie nicht ohne Weiteres versichern können – allein gelassen. Das Neuköllner Café *Hoven* kann davon ein Lied singen.

Ohne Ambition und Initiative bleibt der Senat auch beim aktuellen Gewerbemietrecht, das so vielen queeren und nicht auf maximale Rendite ausgerichteten Orten bereits zum Verhängnis geworden ist. Er lässt jeglichen Versuch vermissen, Bundesregierung und Bundestag hier zum überfälligen Handeln zu bewegen („Aktuell bestehen keine Maßnahmen mit Bezug zur Bundesebene“, Antwort des Senats auf die Schriftliche Anfrage, Drucksache 19/22910). Aber auch dort, wo das Land Berlin ganz unabhängig von Reformen auf Bundesebene tätig sein kann, etwa bei der Steuerung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zur Sicherung dringlicher queerer sozialer Infrastruktur, nutzt der Senat seine Einflussmöglichkeiten nicht.

Deshalb scheiterte die Etablierung des Nachtcafés von *Trans*Sexworks* in Schöneberg. Selbst bei landeseigenen Unternehmen und gesicherter Finanzierung gehen nicht-profitorientierte Projekte oft leer aus. Zu allem Überfluss produziert der Senat mitunter selbst neue Verdrängungsgefahren. So stellt seine Intervention zur Genehmigung eines Hotelneubaus – gegen die Ablehnung des Bezirks – unmittelbar neben dem Club *://about blank*, wo zahlreiche queere Partys und Veranstaltungen stattfinden, perspektivisch dessen Existenz infrage.

Zur DNA großer Städte gehört, dass sie sich fortwährend verändern. Räume verschwinden und neue entstehen. Wenn aber bezahlbare neue Räume nicht mehr zu finden sind, gerät diese Entwicklung in eine schwere Schieflage. Das wird vor allem für weniger privilegierte Gruppen zum Problem. Wenn ein queerer Begegnungsort verschwindet, etwa ein traditionsreiches queeres Café, kann dessen soziale Funktion auch nicht einfach durch die nächste Filiale einer großen Café-Kette ersetzt werden. Queere Orte waren – wie alle erkämpften queeren Emanzipationserfolge – stets prekär und immer gefährdet. Jetzt bedarf es großer Kraftanstrengungen, damit nicht binnen kurzer Zeit Strukturen für immer verschwinden, die Ergebnis jahrzehntelanger Aufbauarbeit sind. Da werden warme Worte und ostentative Solidaritätsbekundungen der Regierenden in sozialen Netzwerken allein nicht genügen.

Das im Koalitionsvertrag vollmundig angekündigte *Regenbogenhaus* scheint derzeit jedoch alles zu sein, was dem Senat zur vermeintlichen Lösung der queeren Raumfrage einfällt. Doch selbst dazu ist konzeptionell nahezu nichts geklärt. Außer dem klangvollen Namen ist nichts entschieden und gesichert – noch nicht einmal, ob das Projekt weiterverfolgt werden soll. Es ist keine zielführende Strategie und wirkt in Anbetracht der Verdrängung etablierter queerer Räume eher wie ein Ablenkungsmanöver, alle Hoffnungen auf einen zentralen Ort zu projizieren, von dem momentan wenig mehr feststeht, als dass er wohl niemals kommen wird.

Anstatt so lange beim Schrumpfen der queeren Infrastruktur zuzusehen, bis deren Überbleibsel tatsächlich in ein *Regenbogenhaus* passen würden, braucht es schnell eine tragfähige Strategie zur Sicherung der queeren Raum-Infrastruktur Berlins und engagiertes Handeln. Das Problem scheint man mittlerweile auch in Teilen der Parteien der Koalition zu erkennen. So ließ der designierte Spitzenkandidat der Berliner SPD für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Herbst 2026, Steffen Krach, in der letzten Feiernacht aus dem *SchwuZ* auf Instagram verlauten: „Wenn ein Club wie das SchwuZ schließt, geht ein Teil unserer Stadt verloren. [...] Berlin muss seine queeren Orte schützen. Wir brauchen eine Berliner Spielstättenförderung für unsere Clubkultur und ein Landeskonzept zum Erhalt queerer Orte. Dafür setze ich mich ein.“ Aber wann? Nach den nächsten Wahlen?

Die Lage ist verdammt ernst und akut zugespitzt. Berlins queere Orte können nicht mehr warten, bis Anfang 2027 eine neue Landesregierung arbeitsfähig geworden ist und sich an die Bewältigung dieses Problemkomplexes herantastet. Es muss jetzt gehandelt werden. Sonst bleibt alles nur ein Abgesang.

Berlin, den 04.12.2025

Helm Schulze Dr. Lederer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke